



Donnerstag, 16. Januar 2025, 16:00 Uhr
~5 Minuten Lesezeit

Unerhörte Warnung

Die Ruinen von Gaza legen ein bestürzendes Zeugnis davon ab, dass die Menschheit aus den Gräueltaten des 20. Jahrhunderts nichts gelernt hat.

von David Parsian
Foto: CiEll/Shutterstock.com

Die menschliche Geschichte ist geprägt von Katastrophen unfassbaren Ausmaßes. Der Holocaust, die systematische Vernichtung von sechs Millionen Juden, ist ein unvergleichbares Verbrechen gegen die

Menschlichkeit. Dennoch haben die Ereignisse auch universelle Lehren hervorgebracht. Das Prinzip „Nie wieder“ sollte nicht nur für die jüdische Bevölkerung gelten, sondern für alle Völker und Nationen. Eine Analyse aktueller Geschehnisse, wie etwa des Kriegs in Gaza, lässt jedoch den Schluss zu, dass dieser Appell weitestgehend unbeachtet bleibt.

Parallelen zwischen Auschwitz und Gaza

Obwohl ein solcher Vergleich als Sakrileg abgetan werden könnte, lassen sich doch signifikante Parallelen zwischen dem Holocaust und der Situation in Gaza feststellen. Dies betrifft insbesondere die visuell wahrnehmbaren Elemente der Zerstörung, die massenhaften Todesopfer sowie die permanente Angst und Unterdrückung der Bevölkerung. Obwohl es in Gaza weder Gaskammern noch Konzentrationslager gibt, lassen sich doch die kollektive Bestrafung der gesamten Bevölkerung, die systematische Zerstörung der Infrastruktur und der Verlust von Tausenden Zivilisten mit den Mechanismen des Holocaust in Verbindung bringen.

In Gaza manifestiert sich diese Entmenschlichung in der Deklaration einer gesamten Bevölkerung als „Feind“, in der Verwendung von Massengräbern für zivile Opfer, in der Tabuisierung ethnischer Säuberungen und gezielter Vertreibungen und in der Darstellung dieser Praktiken als Kriegsnotwendigkeit.

Die Geschichte ruft erneut: „Nie wieder.“

Die Tragödie des Unlernens

Ein zentrales Versagen der Menschheit besteht darin, dass historische Lernprozesse nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. So werden die universellen Lehren des Holocaust oft nur auf den Schutz spezifischer Gruppen beschränkt, während andere weiterhin unterdrückt werden.

Das selektive Erinnern und Anwenden historischer Lehren hat dazu geführt, dass Gewalt, Rache und Unterdrückung fortbestehen.

Ein Beispiel hierfür ist die anhaltende Verleugnung der Rechte und Menschlichkeit der Palästinenser, die einer systematischen Dehumanisierung ausgesetzt sind. Die Propaganda, die sie als „Terroristen“ oder „Feinde“ bezeichnet, rechtfertigt die Gewalt gegen sie und entzieht ihnen das Recht auf Schutz und Würde.

Der Zynismus der politischen Instrumentalisierung

Die politische Instrumentalisierung des Holocausts ist ein Beispiel für den Zynismus, der in der heutigen Politik zu beobachten ist. Die Erinnerung an den Holocaust sollte eine vereinigende Kraft sein, die die Weltgemeinschaft in Solidarität mit den Unterdrückten zusammenführt. Stattdessen wird sie jedoch häufig als Rechtfertigung für Gewalt und Unterdrückung eingesetzt. Eine kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik wird durch die reflexartige Brandmarkung jeder Anklage gegen Israel als Antisemitismus nicht nur erheblich erschwert, sondern vor allem in Deutschland und Österreich verunmöglicht.

Ein ungenutztes „Nie wieder“

Das „Nie wieder“ verschwand als ungenutztes Motto aus dem Gedächtnis vieler Menschen. Der Holocaust hat gelehrt, dass die Entmenschlichung von Menschen zu deren Tod und Zerstörung führt. Allerdings zeigt sich in der Realität, dass diese Lehre nur selten umgesetzt wird. Die Entmenschlichung der Palästinenser hat nicht nur zu ihrer Isolation und Unterdrückung geführt, sondern auch dazu, dass die internationale Gemeinschaft weitgehend schweigt oder nur halbherzig reagiert.

Das Völkerrecht enthält eindeutige Direktiven zum Schutz von Zivilisten in Kriegsfällen, wobei die Genfer Konventionen Angriffe auf nichtmilitärische Ziele explizit verbieten. Die systematische Zerstörung von Wohngebäuden, medizinischen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen in Gaza kann als ein evidenter Verstoß gegen diese Konventionen interpretiert werden. Die Blockade, die der Bevölkerung den Zugang zur Grundversorgung verwehrt, sollte als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden. Dennoch bleibt die Durchsetzung des Völkerrechts oft unzureichend, da mächtige Staaten und ihre Verbündeten politische und diplomatische Hindernisse schaffen.

Ein internationaler Haftbefehl gegen israelische Politiker, die für derartige Verstöße verantwortlich sind, wäre ein notwendiger Schritt, um Gerechtigkeit zu gewährleisten und die Normen des Völkerrechts zu wahren. Derartige Maßnahmen könnten, ähnlich wie im Fall anderer Konflikte, ein klares Signal senden, dass niemand über dem Gesetz steht. Internationale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) müssen dabei ihre Unabhängigkeit und Entschlossenheit unter Beweis stellen.

Der Zustand der israelischen

Gesellschaft

In der israelischen Gesellschaft herrschen derzeit erhebliche interne Spannungen. Einerseits gibt es in ihr eine starke demokratische Tradition, andererseits nimmt jedoch die Rolle autoritärer und religiös-nationalistischer Kräfte stetig zu. Diese Polarisierung manifestiert sich ebenfalls in der Politik, die zunehmend von einer rechtsextremen Agenda geprägt ist. Das religiöse Lager drängt auf eine Politik, die den Siedlungsbau im Westjordanland ausweitet und die Rechte der palästinensischen Bevölkerung weiter einschränkt.

Kritiker sprechen von einem Apartheidsystem, das sich durch getrennte rechtliche und gesellschaftliche Strukturen für Juden und Nicht-Juden auszeichnet. Internationale Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch weisen wiederholt darauf hin, dass die Politik Israels in den besetzten Gebieten grundlegende Prinzipien von Gerechtigkeit und Menschenrechten verletzt.

Die zunehmende Erosion der Rechtsstaatlichkeit in Israel zeigt sich auch in der Schwächung unabhängiger Institutionen, wie dem Obersten Gerichtshof, und der Förderung nationalistischer Narrative, die Andersdenkende marginalisieren. Diese Entwicklungen untergraben die demokratischen Grundlagen des Staates und verstärken die Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Die Dringlichkeit eines neuen Verständnisses:

Der Holocaust war ein singuläres Verbrechen, dessen Lehren jedoch universell angewandt werden müssen.

Gaza ist kein Auschwitz, jedoch ähneln sich die Mechanismen von Gewalt, Unterdrückung und Entmenschlichung beunruhigend.

Die Menschheit ist folglich in der Pflicht, diese universellen Lehren mit der erforderlichen Seriosität zu behandeln und den Mut zu entwickeln, gegen jegliches Unrecht vorzugehen, unabhängig von dessen geographischer Lokalisation und den verantwortlichen Akteuren.

Eine Vielzahl internationaler Untersuchungen offenbart signifikante Parallelen zwischen dem historischen Ereignis in Auschwitz und dem aktuellen Konflikt in Gaza. Dies wirft die fundamentale Frage auf, ob die Menschheit tatsächlich aus der Geschichte gelernt hat. Um dem Kreislauf aus Gewalt und Vergeltung ein Ende zu setzen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die internationale Gemeinschaft, insbesondere der Staat Israel, sich den schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit stellt und die Verantwortung übernimmt, die mit ihr einhergeht. Aus meiner Sicht ist es die Pflicht eines jeden, nicht nur das Motto „Nie wieder“ zu verbalisieren, sondern auch entsprechend zu handeln – für alle Menschen, überall auf der Welt.



David Parsian wurde im Iran geboren. Er studierte in Graz und Wien Politikwissenschaft, Zeitgeschichte, Orientalistik und Informationswissenschaft und ist seit 1992 an der Universität Wien tätig.